



Forum Internet

“Die Freiheit braucht Regeln!? – Moderne Netzpolitik der Sächsischen Union“

Das Forum Internet: „Die Freiheit braucht Regeln!? – Moderne Netzpolitik der Sächsischen Union“ befasste sich mit dem Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit im Kontext des Internets. Die lebhafte Diskussion spannte sich über die Themenbereiche Datenschutz, Urheberrecht und Strafverfolgung. Aus dem bunten Korb an Thesen und Argumenten bedienten sich Michael Kretschmer MdB, Generalsekretär der Sächsischen Union, und Falk Lüke, freier Journalist, unter der Moderation von Dr. Astrid Herbold.

Gleich zu Beginn räumte Kretschmer mit einem Vorurteil auf: „Für die Union ist das Internet etwas Selbstverständliches.“ Der Sicherheitsgedanke, häufig assoziiert mit der Union, sei Anspruch an ein ganz normales Medium und kein Zeichen einer besonderen Ängstlichkeit. Lüke bescheinigte den gedanklichen Wandel in der Unions-Fraktion. „Das Netz macht ja viel mehr, als nur Leuten eine Möglichkeit zu bieten, Kinderpornografie zu verbreiten“, weshalb diese Fälle in der Diskussion überrepräsentiert seien. Bei aller Diskussion über die Mittel und Wege dem Problem Herr zu werden, es gibt Grenzen an denen die Selbstverantwortung der Internetnutzer endet und die Verantwortung des Staates beginnt.

„Darf ich anlassunabhängig Daten über jemanden speichern“, fragte Lüke und lenkte den Fokus auf die „heilige Kuh“ mancher politischer Diskussion, die Vorratsdatenspeicherung. „Der Staat hat heute Zugriff auf mehr Daten als er jemals hatte“, bspw. durch die zunehmende Nutzung insbesondere von mobilen Geräten. „Der Grundsatz bleibt: Je weniger Daten gespeichert werden, desto weniger Daten können zweckentfremdet werden“, räumte Kretschmer ein. Gleichzeitig müsse auch im Internet mit allen legitimen Mitteln aufgeklärt werden. Wenn der BND zur Überwachung des E-Mailverkehrs greife, dann gehe es nicht um „Verstöße gegen das Urheberrecht oder Ordnungswidrigkeiten, sondern um schwerste Kriminalität“.

„Es kommt relativ selten vor, dass ein Deutscher eine chinesische Marke fälscht. Aber es kommt sehr häufig vor, dass in China, Indien, in Asien überhaupt, deutsche Marken gefälscht werden“, begründete Kretschmer die Notwendigkeit des ACTA-Abkommens (Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen). Dieser Markenschutz außerhalb des Internets sei elementar für deutsche und europäische Interessen im Welthandel. Der zweite Aspekt von ACTA, der Urheberschutz, sichere die Rechte derjenigen, die ihr geistiges Eigentum ins Internet stellen. „Das Urheberrecht ist reformbedürftig“, sagte Lüke und „ACTA zementiere die falsche Richtung“ einer möglichen Reform. Hier stellte Kretschmer klar, ACTA sei ein Rahmen zur wirkungsvollen Umsetzung des Urheberrechts, der von jedem unterzeichnenden Staat ausgefüllt werden müsse. „In der Diskussion scheint es nicht um ein mehr an Schutz durch ACTA zu gehen – das steht da gar nicht drin –, sondern um die Frage, ob das vorhandene Recht nicht schon zu weit geht“, resümierte Kretschmer. Einen neuen Weg zur Verfolgung von Urheberrechtsverstößen, wie dem „Three Strikes“-Modell und der Pflicht zur Warnung durch den Provider, sah er für Deutschland nicht. Stattdessen

nahm Lücke auch die Wirtschaft in die Pflicht, über attraktive Angebote den Nutzer als legalen Kunden zu gewinnen.

Der dritte und letzte Themenkomplex befasste sich mit dem Datenschutz. Aktuell fände ein Kräfte messen statt, zwischen den großen Konzernen, wie z.B. Google, und Staaten. Kretschmer begrüßte den Entwurf der Datenschutzverordnung der EU, um auf europäischer Ebene eine einheitliche Regelung zu schaffen und damit Unternehmen von außerhalb wie innerhalb Europas in die Pflicht zu nehmen. Spitz stellte Lücke fest, dass „diese Monopolmacht der Konzerne als so schrecklich gesehen wird. Dort, wo das klassische Monopol beim Staat liegt, erscheint die Datensammlung aber legitim“. „Natürlich habe ich zum deutschen Rechtsstaat mehr Vertrauen als zu Google. Er ist eine Institution, die demokratisch kontrolliert wird und mit klaren Regeln und richterlichen Überprüfungsmöglichkeiten funktioniert“, stellte Kretschmer klar und sagte weiter: „Der Staat nutzt die Daten zur Verbrechensbekämpfung, Google nutzt sie zum Geldverdienen.“ Dieser Aspekt sei für die CDU wichtig und Basis ihrer Glaubwürdigkeit in der Diskussion.

Denkfabrik Sachsen vom 19. März 2012